



High Speed für die Forschung

Forschungspaket. Bis 2021 pumpt die Regierung 700 Millionen in Forschung. Minister träumt von Silicon Austria

VON IDA METZGER

Die Liste der prominenten Industriellen, die seit Jahren mehr öffentliches Geld für die Forschung in Österreich fordern, reichte von Hannes Androsch bis IV-Präsident Georg Kapsch. Nun hat die Regierung endlich die Ladekabeln in Form eines millionenschweren Forschungspakets ausge-

packt. Gestern kündigten SPÖ-Verkehrsminister Jörg Leichtfried und ÖVP-Staatssekretär Harald Mahrer eine neue „Forschungsmilliarde“ an.

Bis 2021 sollen 700 Millionen Euro fließen. Die Gelder sollen zusätzlich 500 Millionen Euro an privaten Investitionen auslösen. „So kommen wir auf über eine Milliarde“, rechnete Leicht-

fried vor. Von der Industrie wurde das Paket begrüßt. „Positiv hervorzuheben ist, dass mehr Mut zu Risiko gezeigt wird und auch risikoreiche Forschungsbereiche gefördert werden“, erklärte IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Hier ein Überblick, wohin die Millionen fließen:

– **Risikoforschung** Fast ein Drittel der in Aussicht gestellten Gelder geht mit in Summe 281 Millionen Euro an den Wissenschaftsfonds FWF. Weitere 160 Millionen fließen in die Fortsetzung des Programms „F&E-Infrastruktur“ (80 Mio. Euro) sowie in die Fortführung des „Frontrunner“-Programms und die neue Förderlinie „Early Stage“ (detto 80 Mio. Euro) für risikoreiche Forschung.

– **1500 neue Forscher** Der Wissenschaftsfonds wird von aktuell 184 Millionen Euro jährlich sukzessive mit frischen Bundesmitteln auf 290 Millionen pro Jahr bis 2021 angehoben. Damit können rund 1500 zusätzliche Forscher finanziert werden.

– **5G-Netz** Auch der Ausbau eines ultraschnellen Handynetzes steht auf der Agenda. „Österreich wird bei den 5G-Nationen in Europa vorne mit dabei sein“, kündigte Leichtfried an. Bis Ende 2017 soll die Strategie fertiggestellt sein. Damit folgt Österreich dem Plan der EU-Kommission, die mit der neuen Spitzeninfrastruktur das BIP bis 2025 auf 910 Milliarden Euro steigern will und auf 1,3 Millionen neue Arbeitsplätze

durch die 5G-Technologie (Nachfolgetechnologie von LTE, Anm.) hofft.

– **Silicon Austria** Es ist das Vorzeigeprojekt von Infrastrukturminister Leichtfried. Seine Vision: Österreich zum „Silicon Valley auf dem Gebiet Elektronik basierter Systeme“ zu machen. Für den Zeitraum 2018–2021 werden zur Erweiterung der Offensive 30 Millionen Euro in das Projekt gepumpt. Es soll als gemeinschaftliches Unternehmen von Austrian Institute of Technology (AIT), Joanneum Research, Carinthia Tech Research und Materials Center Leoben geführt werden.

– **Quantenphysik** Dank des Physikers Anton Zeilinger

hat Österreich einen exzellenten Ruf in der Quantentechnologie. Damit das so bleibt, investiert die Regierung in die Entwicklung eines Quantencomputer-Demonstrators zehn Millionen Euro. Zusätzlich soll die Beteiligung an der geplanten europäischen Flagship-Initiative zur Quantenforschung mit über fünf Millionen unterstützt werden.



Verkehrsminister Leichtfried will ein Silicon Austria

„Silicon Austria? Nur zu kopieren bringt gar nichts“

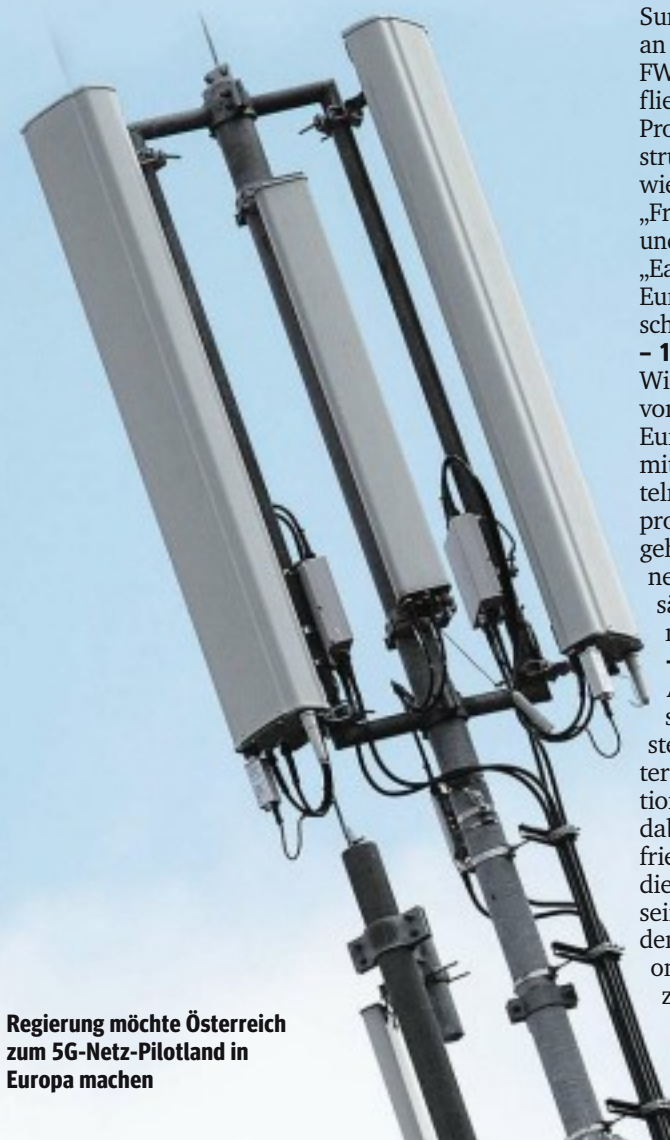
IT&Berater tag. Umsetzungsstärke statt andauernder Ankündigungspolitik fordern Branchenvertreter der heimischen Informations- und Beraterbranche. „Schon seit Jahren wollen wir einen eigenen Innovationsminister, der die vielen vorhandenen Pläne vorantreibt, stattdessen landen sie in der Schublade“, kritisiert Alfred Harl, Obmann des Fachverbandes Unternehmensberatung IT (UBIT) in der Wirtschaftskammer. Mit 65.000 Mitgliedern zählt der Verband zu den größten und dynamischsten Sparten in der WKO. Am 17. November versammelt sich die Branche zum IT&Berater tag in der Wiener Hofburg.

Zu langsam geht Harl die Umsetzung der bereits im Februar von der Regierung vor-

gestellten „Digital Roadmap“. Bisher gab es über die neue Digital-Strategie zwar einen regen Diskussionsprozess im Internet, jedoch keinerlei Umsetzungspläne. „Da vergeht ein halbes Jahr nur für die Protokolle“, klagt Harl. Er fordert eine konkrete Zuständigkeit und quartalsweise Berichterstattung über die geplanten Maßnahmen.

Wenig hält der Branchenvertreter von der Kopie des US-„Silicon Valley“ als „Silicon Austria“. „Silicon Austria? Dazuck'ich zusammen. Nur zu kopieren bringt gar nichts“, meint Harl. Österreich müsse einen eigenen Weg finden, um das Land im europäischen Einklang weiterzubringen. IT sei dafür die Schlüsselbranche, die nicht zwischen den Ministerien hängen bleiben dürfe. „Der Infrastrukturminister hat ja in erster Linie die ÖBB im Auge und dann vielleicht den Tunnelbau, aber IT ist halt nicht so einfach zu verstehen.“

– ANITA STAUDACHER



Regierung möchte Österreich zum 5G-Netz-Pilotland in Europa machen



FORTBILDUNG

Studenten der Werbe Akademie zittern nach Gesetzesänderung um Abschlüsse

Streit mit Agentur. An der Werbe Akademie des WIFI Wien herrscht Aufregung. Die Studierenden der zweijährigen Fachlehrgänge für Marktkommunikation sowie für Grafikdesign (bis zu 2740 Euro Kosten je Semester) hatten seit längerer Zeit die Möglichkeit, im Rahmen eines Aufbaujahres (um insgesamt 6980 Euro) den Bachelor zu erwerben. Dies wurde nun von der im Wissenschaftsministerium angesiedelten Agentur für Qualitätssicherung und Akkreditierung Austria (AQ Austria) untersagt. „Wir sind davon ausgegangen, dass es im Sinne der Rechtssicherheit eine Übergangsregelung geben wird“, sagt die Direktorin der Werbe Akademie Barbara Posch zum KURIER.

Diese gab es jedoch nur für den schon laufenden Lehrgang. Die 58 Studenten, die nächstes Jahr das Aufbaujahr starten sollten, hängen nun aber in der Luft. Ohne dieses Zusatzjahr seien die Lehrgänge aber sinnlos, beklagen die Studierenden.

Zu hohe Auflagen

„Es gab monatelange Verhandlungen mit der AQ Austria“, so Posch. Diese würde eine 2014 erfolgte Gesetzesänderung anders interpretieren. Die AQ verlangt nun die Anstellung von zwei habilitierten Professoren sowie vier weiteren Mitarbeitern mit Dokortitel. Diese Auflagen könne die Akademie nicht erfüllen. Sie mutmaßt, dass die Konkurrenz auf die AQ Einfluss genommen ha-

ben könnte. „Der Entscheidung der AQ liegen Gutachten zugrunde, die von konkurrierenden Bildungseinrichtungen stammen“, heißt es.

Diesen Vorwurf weist AQ-Geschäftsführer Achim Hopbach zurück. „Das Board ist unabhängig und entscheidet auf Grundlage eines Gesetzes.“ Die Mindestanforderungen müssten – auch im Sinne der Studenten – erfüllt sein. Und eine weitere Übergangsfrist könne es nicht geben, da die Betroffenen noch nicht Teilnehmer des Aufbaujahres seien.

Diese können nun nur darauf hoffen, dass eine eingebrachte Klage beim Verwaltungsgerichtshof Erfolg hat. Oder sie schließen bei einem anderen Institut ab.

– ROBERT KLEEDORFER

KONJUNKTUR

Industrie wünscht sich milliardenschweres Entlastungspaket von der Regierung

Steuersenkung. Georg Kapsch ist nicht gerade bescheiden: Das Industriepaket, das der Chef der Industriellenvereinigung (IV) von der Regierung fordert, ist mehrere Milliarden Euro schwer.

Allein rund 2 Milliarden Euro – rechnete Kapsch am Dienstag im Klub der Wirtschaftspublizisten vor – kostet die von der IV verlangte Reform der Körperschaftsteuer (KöSt). Kapsch wünscht sich, dass der Steuersatz für nicht ausgeschüttete Gewinne auf 12,5 Prozent halbiert wird. Da die Unternehmen laut Kapsch rund zwei Drittel der Gewinne einbehalten, würden dem Fiskus statt sechs nur noch 4 Milliarden Euro KöSt bleiben.

Der Staat würde allerdings auch profitieren, denn bei ei-



Heftige Kritik an „Reförmchen“ beim Finanzausgleich: Kapsch

ner Milliarde weniger KöSt würde die gesamte Wirtschaftsleistung (BIP) um 0,44 Prozent steigen, die Investitionen um 0,87 Prozent zunehmen. Die Steuersenkung würde sich daher zu 54 Prozent selbst finanzieren.

Für die Investitionen will die IV freilich eine eigene Förderung in Form eines Investitionsfreibetrags. Zusätzlich soll auch die Forschungsprämie – derzeit 12 Prozent der

Forschungsausgaben – erhöht werden, das komme laut Kapsch auch den Klein- und Mittelbetrieben zugute.

Teil des Industriepakets ist für die IV auch die Ausweitung der täglichen Höchstarbeitszeit in Firmen mit Gleitzeitregelung auf 12 Stunden. Die wöchentliche Höchstarbeitszeit will Kapsch nicht erhöhen, auch bei den Überstunden soll nichts abgezockt werden.

Vom Reformmeister der Regierung hält der IV-Präsident wenig. Der Kompromiss beim Finanzausgleich habe gezeigt, dass es in Österreich „immer nur Reförmchen“ gebe. Es sei unverständlich, warum die Länder mehr Geld bekommen, Österreich leiste sich den teuersten Föderalismus der Welt. – F. JANDRASITS